

Aus Unterschieden lernen - Lebenschancen eröffnen

Empfehlungen des Runden Tisches Bildung an den Senator für Bildung

Bremen, 07.10.2005

Vorbemerkung¹

Die wachsenden Unterschiede der Lebenswelten und Lebenschancen in unserer Gesellschaft - die Unterschiedlichkeit der Nationalitäten, der Sprachkompetenzen, der Begabungen, der sozialen und kulturellen Herkünfte, der Geschlechter - sind eine der großen Herausforderungen unserer Zeit.

- *Wir müssen lernen, die Unterschiedlichkeit der Menschen und ihrer Lebenswelten als Reichtum zu nutzen.*
- *Es muss uns gelingen, Ungerechtigkeiten, die in eine Ungleichheit der Lebenschancen münden, zu vermeiden, abzubauen oder wenigstens wirksam zu mindern.*

Solange wir Heterogenität, Verschiedenartigkeit, Unterschiede vorwiegend als Belastung deuten, die uns vor kaum zumutbare Aufgaben stellen, droht ein Kohäsionsverlust der gesamten Gesellschaft, der zu schwerwiegenden sozialen Konflikten führen kann.²

Darum sollen im Land Bremen Bildungsmöglichkeiten bereitgestellt werden, die Erwachsene wie Kinder und Jugendliche zur Bewältigung dieser Herausforderung und zur Mitgestaltung einer nachhaltigen Entwicklung befähigen. Bei der Lösung dieser Aufgabe kommt dem Bildungssystem als Ganzem – nicht nur der Schule – eine Schlüsselrolle zu.

Zwei Leitgedanken bestimmen die folgenden Empfehlungen:

Das einzelne Kind steht im Zentrum

*Um der Besonderheit eines jeden Kindes und Jugendlichen gerecht zu werden, müssen **alle** Personen und Einrichtungen zusammenarbeiten, die - neben den Eltern - für das Aufwachen von Mädchen und Jungen von Geburt an mittelbar oder unmittelbar Mitverantwortung tragen. Das sind insbesondere: Familienhelfer, Erzieher, Pfarrer, Sozialpädagogen, Kinderärzte, Polizisten, Sportvereinstrainer, Lehrer – aber auch Journalisten, Supermarktleiter, Architekten ...³ Die Kooperation aller Beteiligten wie der Einrichtungen, die sie vertreten, muss den Bedürfnissen und Lebensperspektiven des einzelnen jungen Menschen folgen und nicht der Strukturlogik der Institutionen.*

¹ Die Thesen dieser Vorbemerkung sind ausführlich entfaltet in der Arbeitsvorlage des RTB vom 7.10. im Kapitel I: „Bremen 2020 – Eine Vision“ sowie im Kapitel II „Gelingensbedingungen“. Der Gesamttext dieser Vorlage mit zahlreichen Materialhinweisen sowie die Dokumentation der Beratungen des RTB zum Thema „Heterogenität“ sind verfügbar unter www.bildung.bremen.de/heterogenitaet.

² Der Text wurde verfasst, kurz bevor im November 2005 in den Gettos der französischen Vorstädte die Autos, Kindergärten und Kirchen brannten!

³ Aus Gründen der Lesbarkeit ist im gesamten Text die männliche Form gewählt.

In der Gemeinschaft aufwachsen – für die Gemeinschaft Verantwortung übernehmen

“Das einzelne Kind ins Zentrum nehmen“ bedeutet zunächst Individualisierung: Die Beachtung der Verschiedenheit der Voraussetzungen und Zugänge, der Motive und Möglichkeiten im Lernen. Verschiedenheit und Vielfalt müssen aber zugleich und gleichberechtigt eingebunden und aufgehoben sein in der sozialen Bindung des Lernens, Erlebens, Handelns: In der Gemeinschaft aufwachsen muss auch heißen, für die Gemeinschaft Verantwortung übernehmen zu lernen.

Das kann man nur, wenn man die Gemeinschaft immer wieder als stützend und erfreulich erfährt. Gerade für Kinder und Jugendliche ist es entscheidend, dass die Gemeinschaften, denen sie außerhalb der Familie begegnen, solche Erfahrungen dauerhaft ermöglichen.

Die Differenzen zwischen den Kulturen sollen nicht verwischt werden. Jede Tradition, soweit sie mit den Werten der Menschenrechte und des Grundgesetzes vereinbar ist, muss ihren eigenen Gestaltungsraum haben - ohne sich zu isolieren. Die Bildungseinrichtungen können diese Vielfalt aufnehmen und das kreative Potential erschließen, das aus der Begegnung entsteht. Der Austausch mit einer „anderen Welt“ dient nicht zuletzt auch dazu, die eigene besser zu verstehen und weiter zu entwickeln. Kulturelle Identitätsbildung und Koexistenz unterschiedlicher Kulturen müssen zu gleichberechtigten Leitbildern der Sozialisation werden.

Sechs Empfehlungen

Das einzelne Kind steht im Zentrum

1. Ressortübergreifende Kommunikation und Transparenz auf Behörden- und Ämterebene stärken

Wenn – um des einzelnen Kindes, um des einzelnen Jugendlichen willen - **alle** Personen und Einrichtungen zusammenarbeiten sollen, die für ihr Aufwachsen mittelbar oder unmittelbar Mitverantwortung tragen, dann muss dies auch auf der Steuerungsebene geschehen. Darum schlägt der Runde Tisch Bildung vor, folgende Maßnahmen einzuleiten:

- Die **Kommunikation und Transparenz auf Behörden- und Ämterebene** zwischen Gesundheit, Kinder- und Jugendhilfe, Soziales, Arbeit, Kultur, Inneres, Wohnen, Verkehr und Bildung müssen überprüft und deren Arbeit systematisch aufeinander bezogen werden. Bereits bestehende Kooperationen sollen gestärkt und weiterentwickelt werden. Mit dem Aufbau einer neuen Qualität der Zusammenarbeit soll bis zum Jahr 2008 ein gemeinsames verbindliches Leitbild „Familie, Kindheit und Jugend“ des Landes Bremen entwickelt werden.

- Die **bereits laufenden Kooperationsprojekte** von Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Soziales, Gesundheit, Arbeit sollen so bald als möglich (im Laufe der Jahre 2006/2007) auf ihre Wirkungen hin untersucht werden. Es muss insbesondere geklärt werden, ob die eingesetzten Mittel an den zentralen Hebelpunkten ansetzen, ob die Projekte Synergieeffekte erzielen und ob die gegenwärtigen Steuerungsformen das Ziel „Im Zentrum steht das Kind“ erreichen lassen. Dabei werden insbesondere auch die Unterstützungsmaßnahmen für Risikofamilien in den Blick genommen.
- Die Frage „Steht das einzelne Kind im Zentrum?“ ist bereits eine der Beobachtungsdimensionen der im letzten Jahr begonnenen „externen Evaluation“ aller Schulen in Bremen und Bremerhaven. Diese Frage muss auch Eingang finden in einen **Bremer Bildungsbericht**. Er soll in der Mitte jeder Legislaturperiode erscheinen und die Bewertung aller formellen, non-formalen und informellen Bildungsprozesse sowie auch die Steuerungsleistung der beteiligten Behörden selbst erfassen.

2. Arbeitshilfen und Anreizsysteme für Kooperationsverbände auf Stadtteilebene entwickeln

Es sollen Arbeitshilfen und Anreizsysteme geschaffen werden, um auf der Ebene der Stadtteile bzw. der Schuleinzugsgebiete stabile Kooperationsverbände anzuregen und für alle Einrichtungen zu unterstützen, die an Sozialisations- und Bildungsprozessen von Kindern und Jugendlichen in diesem Stadtteil beteiligt sind. Leitend für die Kooperation müssen die Bedürfnisse und Lebensperspektiven der einzelnen Kinder / der einzelnen Jugendlichen und nicht die Strukturinteressen unterschiedlicher Bildungsinstitutionen sein. Der Beschluss der Bremischen Bürgerschaft vom 9.12.2004 „Jugendhilfe und Schule zusammenführen!“ zeigt dafür bereits konkrete Aufträge auf.

Als erste Schritte schlägt der Runde Tisch Bildung darüber hinaus vor:

- In bis zu drei Stadtteilen / Schuleinzugsgebieten („Sozialräumen“) in Bremen und Bremerhaven werden im Laufe der nächsten zwei Jahre **Modellprojekte** geplant, durchgeführt und evaluiert. Sie sollen eine Pilotfunktion für die gesamte Stadt übernehmen. Dabei soll es nicht nur um die Optimierung und Ergänzung bereits begonnener Einzelmaßnahmen gehen, sondern vor allem darum, durch eine gemeinsame und kontinuierliche Abstimmung dieser Einzelmaßnahmen eine neue Qualität zu erreichen. Im Mittelpunkt dieser Modellprojekte sollen Lösungsansätze u.a. für die folgenden Fragen stehen:
 - Wie müssen niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote organisiert werden, damit sie gerade die Familien erreichen, die von sich aus niemals ein Amt, einen Volkshochschulkurs zu Erziehungsfragen etc. aufsuchen würden (Ansätze könnten z.B. sein: Ausbau von Nachbarschaftshilfen im Quartier; Einrichtung eines Kinder- und Familienbüros vor Ort, in dem alle Fäden zusammenlaufen u.a.) ?
 - Wie können insbesondere „Risikofamilien“ bereits während der entscheidenden Entwicklungsphase der Kleinkinder zwischen 0 und 3 erreicht werden? (z.B. Ausbau des Einsatzes der Familienhebammen u.a.)

- Wie kann durch eine Vernetzung aller am Kindeswohl beteiligten Institutionen vor Ort ihre Wirksamkeit gesteigert werden, ohne die Kosten steigen zu lassen?

- Wie kann die Akzeptanz für die gebundene Ganztagschule erhöht werden (z.B. Unterricht von 8 – 15 Uhr, anschließend Wahlpflichtangebote, in die ausdrücklich außerschulische Lernorte und freie Träger der Jugendarbeit, Sportvereine mit einem Zertifizierungssystem o.ä. aktiv einbezogen werden.).

- Wie kann gesichert werden, dass auch in den Ferien Hortangebote insbesondere für Kinder aus Risikofamilien zugänglich sind? Wie können weitere Ferienprogramme aussehen, die besonders die Jugendlichen in den belasteten Bezirken erreichen?

- In kritischen Fällen wird bei der Hilfeplanung des Jugendamtes der Klassenlehrer eines einzelnen Jugendlichen einbezogen; umgekehrt wird der zuständige Jugendamtsmitarbeiter bei entsprechenden Förderplankonferenzen der Schule einbezogen.
- Unter dem Stichwort „Familie, Kindheit und Bildung im Stadtteil“ werden in allen Stadtteilen / Schuleinzugsgebieten neue partizipative Formen der Bildungs- und Jugendhilfeplanung (z.B., regionale „Zukunftswerkstätten“, „Jugendkonferenzen“ oder „Open-Space –Veranstaltungen“) angeregt und unterstützt. Fokus ist die Doppelfrage: Wie können beide Ziele verwirklicht werden: „Das einzelne Kind / der einzelne Jugendliche steht im Zentrum“ und „In der Gemeinschaft aufwachsen – für die Gemeinschaft Verantwortung übernehmen“.
- Ein zweiter Bremer Bildungstag wird veranstaltet, auf dem durch die Präsentation von „Best-“ und „Next-“ Practice innerhalb und außerhalb des Landes Bremen diesen Stadtteilinitiativen Perspektiven eröffnet werden.

3. Die „Akteure“ qualifizieren

Auch die besten Programme bleiben Papier, wenn die Akteure vor Ort, die sie ausführen sollen, sie nicht zu ihrer Sache machen / machen können. Darum kommt deren Aus- und Weiterbildung eine besondere Rolle zu.

- Zu **stadtteilbezogenen** Schlüsselthemen gibt es **gemeinsame** Fortbildungs- und Planungs- Workshops für alle Akteure vor Ort: Lehrer, Erzieher, Ärzte, Sozialarbeiter, Streetworker, Polizisten etc.
- Die vier Themen „Diagnostische Kompetenz“, „Förderplanung“, „Methoden der inneren Differenzierung“ und „Methoden individuell unterstützender Leistungsrückmeldungen“ erhalten einen zentralen Platz in der Erzieher- und Lehreraus- und -fortbildung.
- Die in der Folge des ersten RTB entwickelten Materialien sowie weitere Bremer Projekte zur Stärkung des Selbstständigen Lernens und der Individualisierung der Lernbiografie sollen weiterentwickelt und in die pädagogischen Aus- und Fortbildungseinrichtungen sowie in die Schulentwicklungskonzepte der einzelnen Schulen getragen werden, so dass sie die Erzieherinnen / Erzieher und Lehrerinnen / Lehrer auch wirklich erreichen.

- Gemeinsam mit dem ZEB und anderen Einrichtungen sollen die bereits bestehenden Programme zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern – besonders von randständigen Familien - weiterentwickelt und ausgebaut werden.

In der Gemeinschaft aufwachsen – für die Gemeinschaft Verantwortung übernehmen

1. Durch strukturelle Vorgaben die „soziale Entmischung“ stoppen

Bildungseinrichtungen werden besonders gefordert, oft auch überfordert, wenn es durch die Wohnentwicklung im Stadtteil zu Ghettobildungen kommt. Von Seiten der Politik muss alles getan werden, um der sozialen Entmischung vorzubeugen. Von der Bildungspolitik müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Entmischungsprozesse nicht weiter verstärken.

- Die Ressorts Wohnen, Jugend, Soziales, Kultur, Inneres und Bildung sowie die Bremer Wohnungsbaugesellschaften werden gebeten, bis zum Sommer 2007 Vorschläge zu unterbreiten, wie die „**Ghetto-Bildung** in den belasteten Bremer Stadtteilen gestoppt, mittelfristig zurückentwickelt und eine Kooperation der Ressorts in dieser Frage möglich werden kann.
- Die Schule ist der Ort, an dem Kinder und Jugendliche aus verschiedenen Lebenswelten unvermeidlich aufeinander treffen - außerhalb der Schule ziehen sich die meisten Jugendlichen in „ihre“ Peer Group zurück. Darum soll das verbindliche Ganztagsangebot ausgeweitet werden.
- Das Ziel „Vermeidung sozialer Entmischung“ muss auch Eingang finden in die Fragestellungen des oben empfohlenen Bremer Bildungsberichts.

2. Auf Stadtteilebene Konflikten vorbeugen

Es zeichnet sich zunehmend eine Tendenz ab, dass religiöse und ethnische „Parallelgesellschaften“ entstehen, die sich ein hohes Konfliktpotential aufbauen, weil sie sich weitgehend von der übrigen Gesellschaft abschotten. Darum soll dieses Problem

- in den vorgeschlagenen Modellprogrammen auf Stadtteilebene eine besondere Aufmerksamkeit erfahren;
- für das Land Bremen von einer ressort- und instanzenübergreifenden Arbeitsgruppe aufgenommen werden, die dazu eine Bestandsaufnahme vornimmt und Weiterentwicklungsvorschläge macht. In dieser Arbeitsgruppe sollten auch Vertreter verschiedener in Bremen und Bremerhaven lebender Ethnien und Kulturen beteiligt sein.
- nicht nur aus Bremer Sicht betrachtet werden. Es gibt in Deutschland, aber auch in anderen Ländern Europas, viele erprobte „Projekte“, deren Ziel es ist, schon bei Kindern und Jugendlichen der Bildung von Parallelgesellschaften entgegenzuwirken.

Es soll geprüft werden, welche dieser Projekte vom Land Bremen übernommen und weiterentwickelt werden.

3. Die „Akteure“ qualifizieren

Nicht nur Kinder und Jugendliche sondern auch die Erwachsenen müssen lernen, sich in angemessener Weise in andere Lebenswelten „hinein zu versetzen“.

- Darum sollen in den Aus- und Fortbildungsprogrammen der entsprechenden Einrichtungen als Pflichtthemen aufgenommen werden: Interkulturelle Kommunikation, Wertsystem und Alltagswelt in islamischen (russischen, afrikanischen ...) Familien, Genderthematik.
- Die Ausbildung und Einstellung von Lehrern, Erziehern, Sozialpädagogen, Familienhelfern, Familien-Hebammen etc., die durch ihre eigene Herkunft Grenzgänger zwischen den Kulturen sind, soll gefördert werden.
- Ein besonderer Schwerpunkt muss darauf liegen, die „Akteure“ (ob in Kindergärten, Sportvereinen, Schulen oder wo immer) zu befähigen, dass sie Erfahrungen „arrangieren“ können, in denen „Gemeinschaft“ (auch mit sehr „anderen“) für Kinder und Jugendliche als etwas erlebbar wird, das interessant, stützend und hilfreich ist, wo Kompromisse nicht einseitig zu Lasten der jeweiligen Minderheiten gehen usw.
- Mit der Universität Bremen (oder anderen Hochschulen) ist zu klären, ob und unter welchen Bedingungen „Forschungs- und Entwicklungsprojekte“ zur Entwicklung von konkreten Hilfen angesichts des Ziels „In der Gemeinschaft aufwachsen – für die Gemeinschaft Verantwortung übernehmen“ Erfolg versprechend wären.

Beschluss des Runden Tisches Bildung vom 07.10.2005

Der „Runde Tisch Bildung“ ist bei seinem Treffen am 07.10.2005 über die Überlegungen der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe Schule- Jugendhilfe und über bereits bestehende Kooperationsprojekte informiert worden. Er hat ferner den ausführlichen Bericht der vorbereitenden Arbeitsgruppe über einen angemessenen Umgang mit der Heterogenität heutiger Kinder und Jugendlichen besprochen.

Dieser Bericht enthält zur Verdeutlichung möglicher nächster Schritte u. a. auch eine Reihe von konkreten Empfehlungen für verschiedene Handlungsebenen.

Der Runde Tisch empfiehlt, dass alle bei der Vorbereitung beteiligten Ressorts

- sich die Zielvorstellungen der vorbereitenden Arbeitsgruppen zu eigen machen,
- sie bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der Empfehlungen konstruktiv zusammenarbeiten,
- im Verlauf der weiteren Arbeit noch zusätzlich Kooperationsgespräche, sei es mit anderen Abteilungen/ Ressorts (z. B. Gesundheit, Arbeit, Bau und Verkehr), mit freien Trägern, sei es im Bereich der Wirtschaft, des bürgerschaftlichen Engagements oder der Kirchen bzw. Weltanschauungsgemeinschaften suchen.

Der Runde Tisch Bildung erwartet zu seinem nächsten Treffen einen Bericht zu den Fortschritten der Arbeit in diesem Feld.